

Forum Wahlen

Mehr Wettbewerb mit weniger Listen

Die aktuelle Listenflut bei den Nationalratswahlen dürfte viele Wähler abschrecken. Die Anzahl ist zu reduzieren und dafür der innerparteiliche Wettbewerb zu befördern.

Von Claudio Kuster*

Vor ein paar Tagen hat mich eine Kollegin angerufen, sie sei überfordert mit all diesen vielen Wahllisten und noch mehr Kandidaten, die um die Nationalratssitze buhlen. An den Abstimmungen nimmt sie zwar teil, doch wählen gegangen sei sie bisher noch nie. Meine Kollegin ist in guter Gesellschaft: Nach 1975 gingen schweizweit nie mehr als 50 Prozent der Stimmberechtigten an die Wahlurnen. Wie erste Meldungen aus einigen Städten zeigen, dürfte auch heuer die Wahlbeteiligung grob bei bloss 45 Prozent liegen.

Dieses Desinteresse erstaunt, war doch die Bevölkerung während gut zwei Jahren sehr starken staatlichen Einschränkungen unterworfen. Ich hätte daher erwartet, dass ein Grossteil der Betroffenen nun mittels Wahlzettel ihre Meinung dazu kundtun wolle. Offenbar wurde dieses Verlangen bereits anlässlich der diversen Covid-Gesetz-Abstimmungen hinreichend kanalisiert und verdaut.

Aufgrund der Wahlpflicht liegen im Kanton Schaffhausen die Beteiligungsquoten zwar noch etwas höher als in den anderen Kantonen. Dennoch drängen sich meines Erachtens Massnahmen auf, um den Beteiligungsrückgang zu stoppen. So ist vordringlich die Listenflut wieder auf eine sinnvolle Anzahl zurückzustutzen. 2003 traten in Schaffhausen noch eine übersichtliche Handvoll Listen (SP, FDP, SVP, CVP und JSVP) an, 2011 waren es mit Jungparteien und Auslandschweizer-Listen schon deren elf. Und seit die Parteien keine einzige Unterschrift mehr sammeln müssen, um Wahllisten einzureichen, ist die Anzahl geradezu explodiert – das aktuelle Wahlzettelblöcklein ist 20 Listen stark. Zu mehr effektiver Auswahl führt diese Masse aber keineswegs, im Gegenteil, die Übersichtlichkeit leidet stark, insbesondere für Personen, die sich in ihrem Alltag nicht mit Politik beschäftigen. Die Komplexität und damit der Verdross steigern sich noch zusätzlich, als mit der Anzahl der Listen auch die Listenverbindungen zunehmen. Die Intransparenz, wohin



nun die eigene Stimme genau fliesst, wem sie nützt und schadet, nimmt wiederum zu.

Umgekehrt haben die Schaffhauser Wählerinnen und Wähler bei einer anderen, höchst relevanten Frage gar nichts zu sagen: welche Personen nämlich den SVP- und den SP-Sitz beerben werden, wenn in den nächsten Jahren die Wiedergewählten zurücktreten werden. Im Fall der SP ist schliesslich ein Rücktritt während der Legislatur bereits annonciert, bei der SVP im Bereich des Möglichen. In den meisten anderen Kantonen ist derzeit ein grosses Gerangel auf den hinteren Rängen um ein gutes Abschneiden oder gar einen Ersatzplatz im Gang. Man schaue nur über den Rhein, wo die Herausforderer Martin Farner (FDP) und Paul Mayer (SVP) je etwa 200 000 Franken aufwerfen. Bei uns haben diese Frage längst interne Parteigremien beantwortet,

«Dieses Desinteresse erstaunt, war doch die Bevölkerung während gut zwei Jahren sehr starken staatlichen Einschränkungen unterworfen.»

die Andreas Gnädinger (SVP) respektive Linda de Ventura (SP) auf die zweite Linie gesetzt haben. Jene können damit automatisch nachrücken.

Was nun? Erstens die Anzahl Listen wieder markant reduzieren. Da dies die Parteien nicht freiwillig tun werden, muss wieder ein Unterschriftenquorum verlangt werden, um die Spreu vom Weizen zu trennen. Eine Liste pro Partei genügt. Zweitens braucht es umgekehrt auf diesen wenigen Listen mehr innerparteilichen Wettbewerb. Auch Kantone mit nur zwei Nationalratssitzen sollten daher vier oder sechs Stimmen – und somit Zeilen – auf den Wahlzetteln erhalten, damit auch in Schaffhausen echte Konkurrenz und Spannung entstehen.

*Claudio Kuster ist Stiftungsrat der Stiftung für direkte Demokratie und Autor des Blog Napoleon's Nightmare.

LESERBRIEF

Diametraler Widerspruch

Zu den Leserbriefen «Lehren aus der Geschichte», SN vom 6. Oktober und «Krieg und Frieden nicht nur in der Ukraine», SN vom 11. Oktober

Beat Hächler weigert sich konstant, zwischen Täter und Opfer zu unterscheiden. Die Ukraine und Israel haben ein Existenzrecht und das Recht, sich zu verteidigen. So wie die Schweiz sich in den Weltkriegen verteidigt hätte. Oder wäre es dem Schreiber lieber gewesen, wenn die Schweiz den Kanton Schaffhausen als Konzession an das Hitlerregime abtreten hätte? Dem «Frieden» zuliebe? Herr Hächler widerspricht sich diametral. Einerseits würdigt er die Schweizer Wehrkräfte, «die zur Verteidigung der Schweizer Grenzen und der Schweizer Werte aufgebieten wurden und die trotz aller Furcht zum Kampf entschlossen waren». Richtig, mein Vater leistete Aktivdienst am Rhein und war bereit, sein Leben zu opfern. Handkehrum bezieht Herr Hächler jene, die den Verteidigungskampf der Ukrainer rechtfertigen, der Kriegspropaganda. Dauerhaften Frieden gibt es nur, wenn auf der Basis des Völkerrechts und der UNO-Charta verhandelt wird, die das Putin-Regime mit Füßen tritt.

Hans Schoch
Schaffhausen

Kommentar

Hollywood befindet sich in der Krise, und das ist vielleicht gar nicht so schlecht

Zwar haben die US-Drehbuchautoren ihren Anfang Mai begonnenen Streik Ende September nach erfolgreichen Verhandlungen mit der Allianz der Produzenten abgebrochen, doch die Schauspieler der Screen Actors Guild (SAG), die Mitte Juli ihre Arbeit niederlegten, kämpfen noch immer, wohl noch mindestens bis Ende Jahr, für bessere Arbeitsbedingungen. Das bedeutet: Bereits abgedrehte Produktionen können weiterhin nicht beworben oder angedachte Filme und Serien nicht produziert werden. Beiden, den Drehbuchautoren wie den Schauspielern, ist gemein, dass sie sich von den grossen Filmstudios, von den Produzenten hintergangen und um wohlverdientes Geld, speziell in Bezug auf die Einnahmen der Streamingdienste, geprellt fühlen. Befürchtet wird zudem eine (massive) Entlassungswelle im Hinblick auf den zukünftigen Einsatz von künstlicher Intelligenz und von computergenerierten Darstellern in Film- und Fernsehproduktionen.

Parallel dazu serbeln die Eintrittszahlen an der Kinokasse. Das Phänomen «Barbenheimer» bleibt ein Phänomen: Das Kinopublikum, besonders das heimische, ist gelangweilt und straft die amerikanische Filmindustrie, die im Gender- und «Woke»-Sumpfstuzestecken scheint, seit einigen Jahren stark ab, mit entsprechenden Kritiken. Steigende

Ticketpreise bei stagnierenden Einkommen tun ihr Übriges. Das Portal «EuroNews» rechnet vor: Blockbuster wie «Mission: Impossible – Dead Reckoning Part One», «Shazam: Fury of the Gods»,



Alexander Joho
Leiter Ressort Weinland/
Rafzerfeld

alexander.joho@shn.ch

«Seit rund 15 Jahren setzt Hollywood mit Vorliebe auf Nummer sicher.»

«Indiana Jones and the Dial of Destiny», «Ant-Man» oder «The Flash» haben einzeln Verluste von 100 Millionen Dollar und mehr eingefahren. Sexskandale und peinliche Oscar-Ohrfeigen aussen vor gelassen: Die derzeitige Krise des US-amerikanischen Kinos, im Westen einst Leit-, heute eher Leidkultur, ist auch eine Krise der Kreativität. Eine ganze Generation an renommierten Regisseuren, die eine «goldene Ära» begründeten oder mitprägten, stirbt weg (wie William Friedkin oder Peter Bogdanovich) oder verabschiedet sich langsam in den Ruhestand (wie zum Beispiel Steven Spielberg oder Martin Scorsese). Aktuell gibt es noch eine Handvoll er-

folgreicher «Auteurs» in Hollywood, darunter Christopher Nolan, Denis Villeneuve, David Fincher oder Quentin Tarantino. Bis etwa Mitte der 2000er-Jahre überzeugte die «Traumfabrik» mit frischen Ideen, kontroversen Themen, Spannung und Tiefgang bei einer reichhaltigen Auswahl an Genrefilmen, wagemutigen Filmemachern und Produktionsfirmen. Seit rund 15 Jahren setzt Hollywood mit Vorliebe auf Nummer sicher, auf Remakes (alte Filme neu aufgewärmt), Superheldenfilme oder Fortsetzungen von etablierten «Franchises». Hinzu kommt, dass sich moderne US-Film- und Fernsehproduktionen inhaltlich und über Quoten vermehrt bei einer partikulären (Polit-)Klientel und bei Minderheiten anbieten; so werden unter anderem Frauenfiguren, die dem Klischee eines Mannes nahefeiern, auf der Leinwand gegen bemitleidenswerte (alte, weisse) Männercharaktere ausgespielt oder wird Arielle, «Die kleine Meerjungfrau», zur Afroamerikanerin. Wenn die Produkte wenigstens gut wären: Dass schale, sinnentleerte Konstrukte wie «Barbie» einen Kinossommer retten, sollte uns zu denken geben. Ein «Gesundshrumpfen» und eine Rückbesinnung auf die Liebe zum Film, neben der Liebe zum schnöden Mammon, ist notwendig: Hollywood befindet sich in der Krise, und das ist vielleicht gar nicht so schlecht.

Pressestimmen

Krieg im Nahen Osten

Neue Zürcher Zeitung

Der Kanzler unterstrich daher, dass Deutschland das Schicksal der palästinensischen Zivilisten nicht gleichgültig sei. Noch ist indes nicht klar, ob die israelische Armee eine Bodenoffensive in Gaza wagt, und ebenso kann sich die Welt nicht darauf verlassen, dass Iran oder der Hizbullah in Libanon in den Krieg eingreifen. Scholz wird daher nicht müde, vor der Gefahr eines «Flächenbrands» in der gesamten Region zu warnen. Die Bewahrung der Stabilität im Nahen Osten ist ein zentrales Anliegen des Kanzlers. «Ausdrücklich warne ich: Kein Akteur sollte es nun für eine gute Idee halten, von aussen in diesen Konflikt einzugreifen.» (Neue Zürcher Zeitung)

НЕЗАВИСИМАЯ

Der deutsche Bundeskanzler ist der erste westliche Regierungschef seit Ausbruch des Konflikts mit der Hamas, der Israel besucht. Der Hauptzweck der Reise besteht darin, einen Flächenbrand im Nahen Osten zu verhindern. Israels geplante Bodenoperation in Gaza muss so durchgeführt werden, dass dem Iran und der Hisbollah kein Grund gegeben wird, Israel an zwei oder sogar drei Fronten kämpfen zu lassen. Wenn dies geschehen sollte, ginge der Plan der Hamas auf, die Region zu destabilisieren. Die Herausforderung für die deutsche Diplomatie besteht darin, Korridore für zivile Flüchtlinge zu öffnen und sowohl Ägypten als auch die Türkei davon zu überzeugen, die Menschen aufzunehmen. (Nesawisimaja Gaseta, Moskau)

The New York Times

Es ist eine mutige Reise des amerikanischen Präsidenten Joe Biden, wenn man bedenkt, dass die Raketen der Hamas weiterhin wahllos auf Israel niedergehen und sich jederzeit eine zweite Front mit der Hisbollah eröffnen könnte. Biden wird mit ziemlicher Sicherheit das tun, was er am besten kann: die Hinterbliebenen trösten, den Ängstlichen Mut machen. Biden sollte aber auch die israelische Regierung davor warnen, dass eine langfristige israelische Besetzung des Gazastreifens endet, ein Pyrrhussieg wäre. (New York Times)

THE TIMES

Ob es einem gefällt oder nicht, Amerika ist mit dem Israel-Besuch von Joe Biden in das Nahost-Chaos zurückgekehrt. Ein Morast, in dem schon verschiedene US-Regierungen erfolglos versucht haben, eine dauerhafte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu finden. In den vergangenen Jahren ist Washington dieser Bemühungen überdrüssig geworden und hat sich aus der Region zurückgezogen. Grösstenteils wurde sie sich selbst überlassen. (The Times, Grossbritannien)

THE JERUSALEM POST

Dieser beispiellose Ausdruck der Solidarität – der erste Besuch des US-Präsidenten in Israel seit Beginn des Kriegs gegen die Hamas. Er sendet eine starke Botschaft an alle Israelis und an die Nationen der Welt, an Freunde und Feinde gleichermaßen. Joe Biden zeigt damit sein persönliches Engagement für den jüdischen Staat. Wir wissen jetzt, dass wir in dieser Zeit nicht allein sind. (Jerusalem Post)